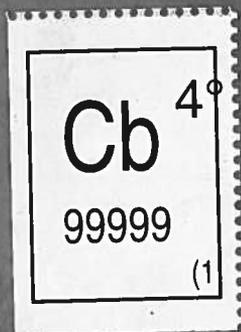
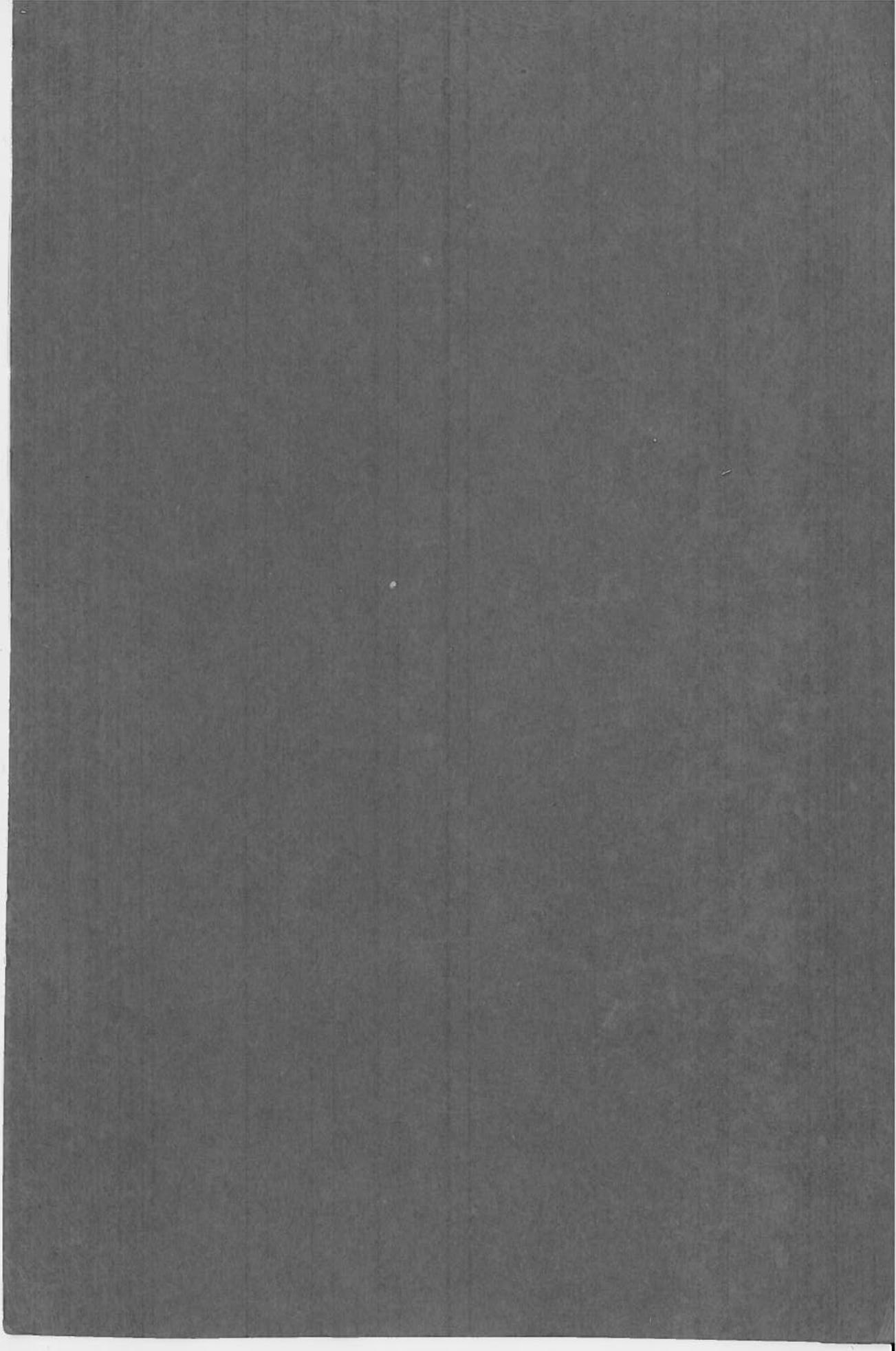


Brackmann, Albert:

Der Streit um die deutsche  
Reisepolitik des Mittelalters.  
1928.





a074391

40

# Der Streit um die deutsche Kaiserpolitik des Mittelalters

Von Univ.-Prof. Dr. A. Brackmann

C6 99999

1

Die großen Umwälzungen, die Europa in den letzten vierzehn Jahren auf politischem Gebiete erlebt hat, sind nicht ohne Folgen auch für die Beurteilung der Vergangenheit geblieben. Im besiegten Deutschland ist die Wandlung der historischen Werturteile naturgemäß am stärksten, so daß die Frage allmählich berechtigt erscheint: Was ist nun eigentlich die Wahrheit? War unsere Geschichtsforschung im 19. und beginnenden 20. Jahrhundert auf vollkommen falschem Wege? Müssen insbesondere wir Deutschen umlernen und die Hauptabschnitte unserer Geschichte mit anderen Augen betrachten als bisher?

Eins ist richtig: Unser Blick für die Erkenntnis der Vergangenheit ist in mancher Beziehung ganz außerordentlich geschärft. Das gilt nicht nur für die jüngste Vergangenheit, sondern auch für die weiter zurückliegenden Zeiten. Wir sehen auch für das Mittelalter Probleme, die wir vor 1918 in dieser Schärfe nicht gesehen haben. Gerade hinsichtlich der Frage nach der Bedeutung der mittelalterlichen Kaiserpolitik, einer Zentralfrage der mittelalterlichen Geschichtsforschung, haben sowohl die Ereignisse, die hinter uns liegen, wie die politischen Fragen, die uns in der Gegenwart beschäftigen, zu neuer Fragestellung geführt. Wir sehen, wie von der mitteleuropäischen Zentralstellung, die Deutschland im Mittelalter einnahm, ein Stück nach dem andern abgebröckelt ist oder in Gefahr ist abgetrennt zu werden. Das legt uns die doppelte Frage nahe: hat das mittelalterliche Deutsche Reich nicht seine Kraft überschätzt, als es im Süden Italien und die Kaiserkrone gewann und im Osten seine Siedler bis tief nach Rußland hinein sandte? Handelt es sich bei dieser Politik nicht um die Auswirkung eines deutschen Imperialismus, auf den mit innerer Notwendigkeit die Reaktion der von ihm betroffenen Nationen folgen mußte? Daneben stellt sich die zweite Frage: hätte das mittelalterliche Deutschland nicht besser daran getan, auf die Italienpolitik zu verzichten, an der seine Staatsmänner gescheitert und das Kaiserium schließlich zugrunde gegangen sind, um statt dessen alle seine Kräfte auf das Kolonialgebiet im Osten zu konzentrieren?

Es ist ohne weiteres klar, daß die Antwort auf diese Fragen auch für die Gegenwart von beträchtlicher Bedeutung ist. Leider gehen die Ansichten der Historiker selbst über diese Fragen ganz beträchtlich auseinander. Ich will von den außerdeutschen

Historikern ganz schweigen. Bei ihnen überwiegt naturgemäß die ablehnende Kritik des mittelalterlichen Kaisertums, weil es ein deutsches war. Aber auch in Deutschland ist die ablehnende Kritik seit langem sehr scharf. Wie erklärt sich diese Meinungsverschiedenheit auf einem der wichtigsten Gebiete der Geschichtswissenschaft?

\*

Der Grundfehler, der in der ablehnenden Kritik der mittelalterlichen Kaiserpolitik steckt, scheint mir, kurz gesagt, der zu sein, daß die Kaiser und ihre Politik fast durchweg nach Maßstäben gemessen werden, die aus den Interessen einer einzelnen europäischen Nation abgeleitet sind. Das mittelalterliche Kaisertum erwuchs aber aus der römischen Vorstellung eines universalen Weltreiches, es trug also universalen, nicht nationalen Charakter und muß daher aus den universalen Beziehungen heraus verstanden werden, in die es von dem Augenblicke seines Entstehens an hineingestellt wurde. Folglich müssen wir erwägen, ob die Politik der deutschen Kaiser oder ihrer Staatsmänner nicht irgendwie rationell aus diesen universalen Beziehungen heraus zu erklären ist. Wir müssen die staatsmännischen Erwägungen zu erkennen suchen, die sie nach Italien und Rom führten, und haben ferner zu untersuchen, ob wirklich die Italienpolitik den Untergang des Kaisertums und den Niedergang der deutschen Vormachtstellung in Europa seit dem 13. Jahrhundert zur Folge hatte.

\*

Ich beginne mit der ersten Frage nach den Gründen der Italienpolitik. Die neuesten Kritiker der deutschen Kaiserpolitik pflegen schon für das 10. Jahrhundert die Alternative zu stellen: *Italienpolitik* oder *Ostpolitik*. In geistvoller Ausführung hat insbesondere mein Bonner Fachgenosse Fritz Kern, Gedanken Georgs von Below fortführend, seine überaus scharfe Kritik der Italienpolitik geradezu auf die These zugespitzt, daß diese unfruchtbare Politik die großen, verheißungsvollen Anfänge einer universalen deutschen Ostpolitik vernichtet habe, und er hat den ersten deutschen Kaiser, Otto den Großen, für die verhängnisvolle Wendung verantwortlich gemacht. Er ist der Meinung, daß Otto der Große vor 962 auf dem besten Wege war, ein festgefügtes Reich zu begründen, mit dem politischen Zentrum am Rhein, mit einem idealen Kolonisations-

4

gebiet in dem weiträumigen Osten, also ein Deutschland, das von der Schelde bis mindestens an die Weichsel gereicht und unangreifbar dagestanden hätte zu einer Zeit, in der die Westmächte erst anfangen, sich zu bedeutenden Staaten zu entwickeln. Da zog ihn nach der Meinung Kerns die Erinnerung an Karl den Großen in ihren Bann. Statt Realpolitik zu treiben, ließ Otto sich verleiten, nach der Kaiserkrone zu greifen, und sofort war es mit der Ostpolitik vorbei; Deutschland wurde auf Bahnen gedrängt, an deren Ende der Niedergang im Osten und im Westen stand. Der Drang nach dem Glanze der Kaiserkrone, sagt Kern, sei bei Otto stärker gewesen als die kühle staatsmännische Vorsicht und die Fähigkeit, sich auf das Erreichbare zu beschränken. Er vergleicht ihn einem chevalier errant der Kreuzzugsromantik, der einem Gottfried von Bouillon näher gestanden habe als dem kühl berechnenden Vater König Heinrich I.

Fragen wir, ob das richtig ist, so erkennen wir, wie ich glaube, ohne weiteres, daß diese Auffassung des Politikers Otto an einem inneren Widerspruche krankt. Kern gibt zu, daß Ottos I. Pläne im Osten zu den umfassendsten gehörten, die ein deutscher Staatsmann dort verfolgt hat. Sie haben von Holstein im Norden bis nach Ungarn im Süden und im Osten bis Kiew gereicht, mit dem großen Ziel, die ganze Slawenwelt östlich der Elbe für das Christentum und das Deutsche Reich zu gewinnen. Kern erkennt auch an, daß Otto dabei klug und in jeder Beziehung überlegt vorgegangen sei: kirchliche und staatliche Organisation griffen in mustergültiger Weise ineinander wie die Räder einer Maschine. Dieser vorsichtige und überlegte Staatsmann soll aber 962 den sehr unüberlegten Schritt getan und nach der Kaiserkrone gegriffen haben, lediglich weil das Vorbild Karls des Großen und der Glanz der Kaiserkrone ihn blendeten. Das Bild eines solchen bald realpolitischen, bald phantastischen Staatsmannes hat von vornherein wenig Wahrscheinlichkeit für sich.

Aber es steckt auch ein faktischer Fehler in dieser Argumentation. Alle Eroberungspolitik im Norden und im Osten Europas war damals kirchlich fundiert. Wie die karolingischen Hausmeier und Könige seit Karl Martell Bistumsgründung und staatliche Organisation aufs engste miteinander verbanden, so war dies auch für Otto I. die selbstverständliche Politik. Nun hatten sich aber die Zeiten, seit Karl der Große auf dem Throne saß, in einer Beziehung ganz beträchtlich gewandelt. Staat und Kirche standen im 10. Jahrhundert nicht mehr in demselben Verhältnis zueinander wie im 8. und 9. Die geistige Struktur der Menschen hatte sich gewandelt. Man spürt die Wandlung in der politischen Geschichte zum ersten Male, als Otto I. 951 den Erzbischof Friedrich von Mainz von Pavia aus als Führer

einer Gesandtschaft nach Rom sandte, um mit dem Papst in Verbindung zu treten. Man pflegt diesen Schritt wie auch die spätere Kaiserkrönung als eine Wiederaufnahme karolingischer Politik aufzufassen: bis zu einem gewissen Grade mit Recht. Aber ich glaube nicht, daß man mit einer solchen Auffassung der Bedeutung des Schrittes gerecht wird. Sie erschließt sich erst ganz, wenn man die Persönlichkeit des Führers der Gesandtschaft ins Auge faßt, des Erzbischofs Friedrich von Mainz. Er war einer der eigenartigsten Menschen jener Zeit: eine wesentlich religiös eingestimmte Natur, ohne jeden politischen Ehrgeiz. Er hatte bald nach seinem Amtsantritt Papst Leo VII. (937—939) gebeten, ihn nach dem Vorbilde des heiligen Bonifatius zum apostolischen Vikar und Legaten in Deutschland zu ernennen. In entscheidenden Augenblicken verlagte er sich Otto I., wenn dieser ihn zu politischen Handlungen heranzog, offenbar weil er die übliche politische Betätigung der Bischöfe verwarf. Das aber war ein neuer Bischofstyp, sehr stark unterschieden von dem alten, der zur Karolingerzeit der übliche gewesen war und auch zu Ottos I. Zeit noch der übliche war. Wenn Otto diesen rein kirchlich und zugleich römisch eingestellten Erzbischof damals nach Rom sandte, so liegt der Schluß nahe, daß es kirchliche Gesichtspunkte waren, die den König zur Verbindung mit Rom bestimmten. Der Beschluß, gefaßt wenige Jahre nachdem Otto 948 das neu eroberte Slawengebiet organisiert hatte, weist sehr wahrscheinlich auf den Zusammenhang mit der Ostpolitik des Königs.

Sichere Erkenntnis vermitteln aber erst die Ereignisse der folgenden Jahre. 951 starb Erzbischof Friedrich. 955 ging nach der Schlacht auf dem Lechfelde eine zweite Gesandtschaft nach Rom, diesmal geführt von einem Vertreter staatskirchlicher Anschauungen, dem Abte Hadamar von Fulda, und jetzt wird der Zweck genannt: Hadamar sollte über die Gründung eines Erzbistums in Magdeburg unterhandeln, das die kirchliche und politische Metropole für die ganze noch zum Christentum zu bekehrende Slawenwelt werden sollte. Hier wird der Zusammenhang zwischen der Ostpolitik und den Beziehungen zu Rom zum ersten Male ganz klar. Die begleitenden Umstände dieser zweiten Gesandtschaft sind von beträchtlicher Bedeutung. Auf dem erzbischöflichen Stuhle von Mainz saß damals als Nachfolger Friedrichs ein natürlicher Sohn Ottos des Großen, namens Wilhelm, den ihm eine edle Slawin geboren hatte, als er noch im Sachsenlande das ungebundene Leben des mit keinen Pflichten beschwerten Thronfolgers geführt hatte. Als Wilhelm 955 von der Gesandtschaft des Abtes Hadamar nach Rom hörte, schrieb dieser erste Erzbischof des Deutschen Reiches und Königssohn einen entrüsteten Brief an den damaligen Papst Agapit II., in dem er sich gegen die Begründung des Erzbistums Magde-

burg wandte, weil dadurch die Rechte des Mainzer Erzbistums geschmälert würden. Der Brief ist seit langer Zeit bekannt, aber man hat ihn bisher zu einseitig interpretiert, wenn man in der Gegnerschaft Wilhelms gegen den Magdeburger Gründungsplan nur den Ausfluß Mainzer partikularistischer Interessen erblickte. Es klingen in dem Schreiben auch andere Töne an. Wenn der Erzbischof von dem Unkraut schreibt, das jetzt in Deutschland den Weizen der heiligen Kirche ersticke, und wenn er dem Papst vorwirft, daß das Geld Hadamars mehr vermöge als die Sagenen des heiligen Bonifatius und aller früheren Päpste, so sind das Worte aus der Gedankenwelt seines Vorgängers Friedrich von Mainz. Die Kritik, die seitens der ersten Erzbischöfe des Deutschen Reiches an der Kirchenpolitik wie an der Ostpolitik Ottos I. geübt wurde, lehrt ein Doppeltes: Sie liefert den Beweis, daß ein Teil des deutschen Episkopats die Ostpolitik Ottos des Großen ablehnte, weil sie mit den Sagenen des heiligen Bonifatius und der Päpste nicht übereinstimmte. Sie zeigt zugleich, daß Otto bei seiner Ostpolitik genötigt wurde, auf solche kirchlichen Strömungen Rücksicht zu nehmen. Wir haben Beweise dafür aus der späteren Zeit seiner Regierung, daß Otto die Opposition des Mainzer Erzbischofs schwer empfand. Wir sehen aber auch ohne weiteres, daß er diesen frondierenden und Verbindung mit Rom suchenden Erzbischöfen mit Erfolg nur begegnen konnte, wenn er seinerseits Beziehungen zu Rom aufnahm. Hier berühren sich diese Einzelbeobachtungen mit der Frage nach dem Ursprung der deutschen Italienpolitik. Wenn Otto nach Rom zog und den Papst für sich gewann, so entzog er den römisch gesinnten und frondierenden Bischöfen Deutschlands den stärksten Rückhalt, den sie besaßen. Der große Gedanke, die Slawenwelt zu gewinnen, konnte nur mit Rom verwirklicht werden.

Alles, was 962 geschah, bestätigt die Wichtigkeit dieser Beobachtung. Am 2. Februar 962 wurde Otto der Große in der Peterskirche zum Kaiser gekrönt, und der erste politische Akt, der nach der Kaiserkrönung erfolgte, war die Begründung des Erzbistums Magdeburg am 12. Februar. Jetzt, wo der deutsche König als Kaiser nach alter Tradition der Schirmherr der römischen Kirche geworden war, lenkte er das Papsttum in die Bahnen seiner Ostpolitik, und die Bahn schien frei für den großen Plan einer deutschen Eroberung der Slawenwelt.

In diesen Zusammenhang gliedern sich nun einige Beobachtungen ein, die ich in einer Studie über die Ostpolitik Ottos des Großen machen konnte. Das Hauptergebnis war, daß in der Ostpolitik Ottos des Großen zwei Gedankenreihen gegensätzlich aufeinander trafen: die kaiserliche, die dem Kaiser die Aufgabe zuwies, Schützer und Mehrer des christlichen Glaubens zu sein, und die päpst-

liche, die das Kaisertum nur als das Werkzeug seiner Weltmission betrachtete. Als Otto I. 962 Kaiser wurde, schien die kaiserliche den Sieg zu behalten. Aber es war nur Schein. Als das päpstliche Privileg nach Deutschland kam, in dem die Gründung von Magdeburg befohlen wurde, blieb der Erzbischof von Mainz hart, und sofort begann das Papsttum sich wieder auf sich selbst. Johann XII. schloß ein Bündnis mit den Feinden des Kaisers und machte wieder Politik auf eigene Faust. Mit der Gründung von Magdeburg war es vorbei. Fünf Jahre hat Otto warten müssen, bis ihm der Tod seines Sohnes, des Erzbischofs Wilhelm von Mainz, und die Neuwahl einer ihm ergebene Persönlichkeit abermals die Bahn für eine Politik großen Stils freizumachen schien, aber da ging der neue Papst, den er eingesetzt hatte, nur die Hälfte des Weges mit. Johann XIII., der seit 965 Papst war, stammte aus altem römischem Adelsgeschlecht. Der römische Adel hatte mit großer Fähigkeit durch alle Stürme des Untergangs der antiken Welt und der fränkischen Vorkherrschaft an der Herrschaft über das „goldene Rom“ festgehalten. Er hatte auch der päpstlichen Politik Ziel und Richtung gewiesen: als Ziel die Herrschaft des römischen Bischofs über die universale Kirche, als Richtung die Selbstbehauptung der Stadt Rom im Kampfe der rivalisierenden politischen Gewalten. Von dieser politischen Erweisheit des römischen Adels war auch Johann XIII. erfüllt, ein römischer Senator alten Stils im Gewande des summus pontifex. Als Otto der Große diesen Pontifex 968 abermals um die Begründung des Erzbistums Magdeburg bat, gab der Papst ihm scheinbar nach, aber er fügte in das Gründungsprivileg die für Ottos Ostpolitik entscheidenden Worte ein, daß der Anfang des neuen Erzbistums auf die 968 bereits unterworfenen Slawengebiete zu beschränken sei. Während der Kaiser Magdeburg als Metro-  
pole für die ganze noch zu missionierende Slawenwelt betrachtete, schränkte der Papst ihren Umfang auf das Elb- und Saalegebiet ein. Und noch einem anderen Gedanken gab er Ausdruck: als Gründer des Erzbistums erscheinen die deutschen Bischöfe. Nicht der deutsche Kaiser sollte als Begründer des Erzbistums und als Schirmherr der Slawenmission betrachtet werden, sondern die Kirche und der Papst. Die römisch-päpstliche Auffassung siegte über die kaiserlich-deutsche.

Trotzdem eröffnete sich dem Kaiser noch einmal die Möglichkeit, das Ziel zu erreichen. Am 6. September 972 starb Johann XIII., und ein Otto-erbegebener Papst namens Benedikt VI. kam auf den Thron. Nun schien abermals die Bahn für eine Ostpolitik großen Stils frei, und wir sehen, daß Otto den Augenblick nutzte. Im Frühjahr 973 gründete er in Verbindung mit dem neuen Papst Benedikt VI. das Bistum Prag. Damit schloß sich der Kreis der großen Bistumsgründungen

Jan 1955  
Mainz  
Kritik in  
Düsseld.

des Kaisers. Von Schleswig, Ripen und Aarhus auf dänischem Boden führten sie über Brandenburg und Havelberg, über Magdeburg nebst Merseburg, Zeitz und Meissen bis nach dem böhmischen Prag mit dem offenbaren Endziele, alle diese Länder zunächst kirchlich und dann politisch dem Deutschen Reiche einzugliedern, wie es schon karolingische Praxis gewesen war. Und schon richteten sich Ottos Blicke auf Polen, wo in Polen 963 ein deutscher Bischof eingesetzt war und der einheimische Herzog Miesko oder Misiko, der erste in der langen Reihe der polnischen Herzöge, sein Lehnsman geworden war; sie richteten sich weiter auf Ungarn, wo ein deutscher Bischof, Piligrim von Passau, als Missionsbischof und Kolonist tätig war. Als am 23. März 973 in Quedlinburg der letzte große Reichstag Ottos stattfand, erschienen auf ihm neben dem Polenherzog und dem Herzog von Böhmen auch zwölf ungarische Große. Leider wissen wir von den Verhandlungen nichts, aber die Fortsetzung ist sich darüber einig, daß dort mit dem Böhmenherzog die Gründung des Bistums Prag beschlossen wurde. Ist es zu kühn, anzunehmen, daß Otto damals auch mit dem unterworfenen Polenherzog und mit den ungarischen Großen über die kirchliche Eingliederung ihrer Länder verhandelt hat, nachdem der Widerstand der Kurie beseitigt war? Wir sehen aus alle dem deutlich, daß die Ostpolitik für Otto nur auf Grund einer konsequenten Rompolitik zu realisieren war. Die Alternative, von der wir ausgingen: Ostpolitik oder Italienpolitik, ist moderne Konstruktion. Den Menschen des 10. Jahrhunderts war sie unbekannt. Damit erhalten wir aber zugleich die Antwort auf die Frage, ob die Italienpolitik für Deutschland verfehlt war oder nicht. Ein deutscher Staatsmann des 10. Jahrhunderts, der eine Ostpolitik großen Stils treiben wollte, mußte das Papsttum in seine Politik hineinziehen.

\*

Damit soll nicht gesagt sein, daß die Ostpolitik der einzige Grund war, der Otto den Großen nach Italien zog. Die anderen Gründe lagen teils auf politischem, teils auf wirtschaftlichem Gebiet. Was auch von den Kritikern gegen diese Gründe vorgebracht worden ist, — es bleibt doch so, daß Otto im Jahre 951 gezwungen wurde, Oberitalien wieder in Besitz zu nehmen, weil die Vereinigung dieses einzigen großen Kulturlandes der damaligen Zeit mit Burgund drohte und damit Deutschland in die Gefahr geriet, von den großen Alpenpässen abgesperrt zu werden. Durch die Erhebung Berengars von Turea war eine Situation entstanden, wie sie in den späteren Jahrhunderten immer wieder die deutschen Kaiser gegen die Franzosen zu den Waffen rief bis auf die Zeiten Karls V. und Franz' I. und darüber hinaus. Es bleibt auch dabei, daß wirt-

schaftliche Gründe für die Herrschaft über Oberitalien sprachen; denn es läßt sich weder bestreiten, daß die oberitalienischen Städte noch im 10. Jahrhundert die Zentren des Welthandels waren: Pavia sowohl wie Ferrara und Venedig, noch läßt es sich übersehen, daß Otto I. einen Vertrag mit Venedig schloß, der zwar kein Handelsvertrag im modernen Sinn war, der aber dieser ersten Handelsstadt des frühen Mittelalters Handelsfreiheit auf dem Boden des Reiches gab per cuncta annorum curricula: auf unabsehbare Zeit. Man spürt die Wichtigkeit, die Otto dem Handelsverkehr mit Venedig beilegte, auch in der höchst eigenartigen politischen Neuordnung des östlichen Oberitaliens: der ganze Osten Oberitaliens bis vor die Tore Venedigs wurde 952 als Markgrafschaften Aquileja und Verona staatsrechtlich zum Deutschen Reich gezogen. Was hatte das für einen Sinn, wenn es Otto nicht darauf ankam, die unmittelbare Verbindung mit Venedig herzustellen? Es läßt sich vor allem auch nicht bestreiten, daß Otto anfang, in reicher Fülle gerade den hervorragendsten Handelsplätzen in Italien und Deutschland Marktrechte und Zölle zu verleihen, wie es vor ihm kein anderer Herrscher getan hatte. Er gab in Italien Luni, dem Haupthandelshafen am Tyrrhenischen Meer, und Pavia Markttprivilegien, in Deutschland den auf dem Wege nach Italien gelegenen Sanct Gallen und Chur.

Was das zu bedeuten hatte, brauche ich im einzelnen nicht darzulegen. Wir blicken in diesem Zusammenhange nur auf die Folgen: Noch unter Otto I. bildete sich ein deutscher Kaufmannstand, und unmittelbar nach seinem Tode gestalteten sich die ersten deutschen Kaufmannsrechte. Es ist wahrlich kein Zufall, daß die Geschichte des deutschen Kaufmanns mit der Zeit Ottos I. beginnt.

\*

Wenden wir uns jetzt der zweiten Frage zu, der Frage nach den Ursachen der großen Katastrophe des Kaisertums im 13. Jahrhundert. Auch hier sind die Beziehungen zu Rom von entscheidender Bedeutung gewesen. Die zentrale Bedeutung des Investiturstreites für den Niedergang des deutschen Kaisertums hat man natürlich niemals verkannt, aber die Kritiker pflügten und pflügen noch heute nur die Folgerung zu ziehen, daß erst die Italienpolitik der deutschen Kaiser zum Zusammenstoß mit Rom geführt habe, und das ist falsch. Die Institution des Kaisertums stand von Anfang an in engster Schicksalsgemeinschaft mit Rom. Auf ihren Ursprung gesehen war sie ein römisches und fränkisches Produkt. Daher differierten von vornherein die Auffassungen von dem Verhältnis zwischen Papst und Kaiser. Während Papst Leo III. im Jahre 800 das Recht der Übertragung der Kaiserwürde auf Grund der Konstantinischen Schenkung für das Papsttum in Anspruch nahm und damit die spätere Theorie von der Überordnung der

Partus  
Lunae  
(951/2)

kirchlichen Gewalt und der Alleinherrschaft des Papstes in der Kirche begründete, vertrat umgekehrt der erste deutsche Kaiser aus dem karolingischen Geschlechte den Standpunkt, daß der Papst sich auf das geistliche Gebiet zu beschränken habe und der Kaiser der gegebene politische Führer der Christenheit sei. Dieser Gegensatz aber zwischen der päpstlichen und der kaiserlichen Auffassung über das Wesen und die Aufgaben des Kaisertums ist der entscheidende Faktor für die weitere Entwicklung des Kaisertums geworden. Alle anderen Momente wie Italienpolitik und Römerzüge sind sekundärer Natur.

Die Einsicht in die zentrale Bedeutung dieses Gegensatzes für die Geschichte des deutschen Kaisertums ist den Kritikern vielfach aus keinem anderen Grunde verschlossen geblieben, als weil in den ersten Jahrhunderten nach der Erneuerung der Kaiserwürde die Reibungsflächen zwischen Kaisertum und Papsttum verhältnismäßig klein waren. Vollends seit Otto I. gewann das deutsche Königtum die Oberhand, und damit siegte auch die kaiserliche Anschauung von dem Verhältnis der beiden Gewalten und führte zur Eingliederung der Kirche in den Staat (durch das Mittel der Investitur). So erklärt sich auch, daß die Italienpolitik in dieser ganzen Zeit für Deutschland und für das deutsche Königtum trotz mancher Opfer im einzelnen einen außerordentlichen Aufstieg brachte. Es ist durch nichts zu beweisen, daß dieser Aufstieg Deutschlands, wie die Kritiker behaupten, beim Verzicht auf die Italienpolitik und bei der Beschränkung auf eine kräftige Ostpolitik ebenso groß gewesen sein würde. Noch einmal wollen wir uns in diesem Zusammenhang daran erinnern, daß Italien in jenen Jahrhunderten das einzige wirkliche Kulturland Europas war, zugleich das wirtschaftliche Zentrum der damaligen Welt. Was bedeutete damals mit Italien verglichen das vollkommen unkultivierte polnische Bauernland! Für einen deutschen Staatsmann jener Zeit konnte es gar keine Frage sein, wo für Deutschland der größere Vorteil zu holen war, in Italien und nicht in Polen, und die Folgen haben gezeigt, daß sie mit dieser Erwägung im Rechte waren. Als die Kaiserzeit zu Ende ging, war die deutsche Kultur im Begriff, die italienische zu überflügeln: seine Dome gaben an Schönheit den italienischen nichts nach; seine rheinischen und schwäbischen Handelsstädte brachten den Vergleich mit den italienischen nicht mehr zu scheuen, und die Aussichten auf einen weiteren, glänzenden wirtschaftlichen Aufstieg waren so günstig wie möglich, da das Zentrum des Welthandels sich seit dem Ende des 12. Jahrhunderts von Oberitalien nach der Champagne, also in die unmittelbare Nähe der deutschen Grenze, zu verschieben begann. Wie kann man also die Italienpolitik als den Grund für den Niedergang des Deutschen Reiches bezeichnen? Sie

ist gerade umgekehrt der Grund gewesen für seinen gewaltigen Aufstieg auf allen Gebieten. Sie hat in dieser älteren Zeit den deutschen Königen auch durchaus die Möglichkeit gegeben, die deutsche Vorherrschaft im Osten zu behaupten.

Nein: der Grund für den Niedergang ist in ganz anderen Zusammenhängen zu suchen. Er liegt in erster Linie in der Institution selbst, und zwar in jenen gegenfälligen Anschauungen des Papsttums und des Kaisertums über das Wesen und die Aufgaben des Kaisertums, von denen vorhin die Rede war. Die kaiserliche Auffassung war in den ersten Jahrhunderten die stärkere. Aber gerade in der ersten Zeit Ottos I. machte sich eine gewisse Opposition geltend, die mit der Eingliederung der Kirche in den Staat nicht zufrieden war. Eine Persönlichkeit wie die des vorhin geschilderten Erzbischofs von Mainz ordnet sich, geschichtlich betrachtet, in eine lange Reihe tiefer religiös empfindender Bischöfe und Äbte ein, die von dem heiligen Columban und den irischottischen Mönchen über Bonifatius und Benedikt von Aniane, den Ratgeber Ludwigs des Frommen, bis in die Zeit Ottos I. führt. Diese Kette reißt niemals ganz ab; nur führt sie nicht ausschließlich über Rom. Die römischen Päpste vom Schläge eines Johann XIII. haben die geschichtliche Aufgabe erfüllt, Roms politische Rechte zu wahren. Aber sie hätten diese Aufgabe nicht erfüllen können, wenn sie nicht außerhalb Roms Gesinnungsgenossen gefunden hätten, die Roms universale Mission aus religiöser Überzeugung vertreten hätten. Seit 910 hatte sich um das neubegründete Kloster Cluni eine Gemeinde stark religiös und kirchlich interessierter Menschen zusammengefunden, die sich das Ziel setzten, die Welt innerlich zu erneuern und die zerfallende Kirche zur Einheit zurückzuführen durch die Unterordnung unter Rom. Das Kloster hatte das Glück, zwei Jahrhunderte hindurch eine ununterbrochene Reihe großer Äbte zu haben, die mit ungewöhnlicher Energie für ihre Ideale tätig waren und bald eine weit über Burgund reichende Wirksamkeit entfalteten. Die heutige Forschung faßt diese cluniacensische Bewegung in dem ersten Jahrhundert ihrer Wirksamkeit vorwiegend als eine unpolitische auf, die im engsten Einvernehmen mit den Fürsten und mit dem Kaisertum nur eine innere Erneuerung der Klosterwelt und der Kirche erstrebte, ohne jedes politische Ziel, aber das ist falsch.

Man ist erst jetzt in der Lage, die Politik dieser Äbte treffender zu beurteilen, seitdem auch die spanischen Archive ihre Schätze erschlossen haben. Die markanteste Persönlichkeit war D d i l o, der von 994 bis 1048 Äbt war. Die Zeitgenossen haben ihn als „König“ der Mönche bezeichnet. Er hat in Burgund und in Frankreich die Hauptklöster seiner Aufsicht oder unmittelbaren Leitung zu unterstellen gewußt (z. B. St. Denis). Er hat

1111  
1112  
1113  
1114  
1115  
1116  
1117  
1118  
1119  
1120  
1121  
1122  
1123  
1124  
1125  
1126  
1127  
1128  
1129  
1130  
1131  
1132  
1133  
1134  
1135  
1136  
1137  
1138  
1139  
1140  
1141  
1142  
1143  
1144  
1145  
1146  
1147  
1148  
1149  
1150  
1151  
1152  
1153  
1154  
1155  
1156  
1157  
1158  
1159  
1160  
1161  
1162  
1163  
1164  
1165  
1166  
1167  
1168  
1169  
1170  
1171  
1172  
1173  
1174  
1175  
1176  
1177  
1178  
1179  
1180  
1181  
1182  
1183  
1184  
1185  
1186  
1187  
1188  
1189  
1190  
1191  
1192  
1193  
1194  
1195  
1196  
1197  
1198  
1199  
1200

in Aragon wie in Navarra und Kastilien die Könige beraten und geleitet. Er war in Spanien so sehr der Herr im Lande, daß er dort in stärkerem Maße als der Papst als Oberherr der Kirche erschien. Diese spanische und südfranzösische Politik der Äbte von Cluni war ein Versuch, einen von Cluni oder anderen cluniacensischen Klöstern abhängigen Kirchenstaat zu schaffen, in dem auch die Politik der Könige und Fürsten von den Äbten geleitet wurde. In Rom ist man über diese selbständige Art Clunis nicht immer erfreut gewesen, aber als Gregor VII. 1077 in Canossa Heinrich IV. gedemütigt hatte, war einer seiner ersten Akte, daß er einen mit cluniacensischen Gedanken erfüllten Abt, den Abt Bernhard von St. Viktor in Marseille, als seinen Legaten nach Deutschland schickte. Dieser Abt versuchte hier genau dieselbe Rolle zu spielen wie die cluniacensischen Äbte in Navarra und Kastilien und wie er selbst sie in Aragon gespielt hatte. Trotz des Vertrages, den Gregor VII. mit Heinrich IV. in Canossa geschlossen hatte, zog Abt Bernhard mit dem Gegenkönig Rudolf von Schwaben durch die Lande. Er wohnte der Wahl und der Krönung des Gegenkönigs bei und nahm dann seinen Aufenthalt in Hirsau, im Herzen Deutschlands. Das Ziel ist klar: Die Wahl des Gegenkönigs Rudolf sollte die Bahn freimachen für eine ähnliche Vorherrschaft der Kirche über das Königtum wie in Kastilien und Aragon, und Hirsau sollte ein Zentrum der cluniacensischen Reformbewegung in Deutschland werden wie Cluni selbst es in Burgund, Frankreich und Spanien geworden war. Später hat der Nachfolger Gregors VII., Papst Urban II., es für richtiger gehalten, Hirsau als Zentrum wieder auszuscheiden und die deutsche Kirche direkt von Rom aus zu leiten, offenbar bestimmt durch die Erfahrung, die die Kurie mit der allzu selbständigen Stellung Clunis in den romanischen Ländern gemacht hatte. Aber es gilt festzuhalten: unmittelbar nach Canossa hat Gregor VII. die Zeit gekommen geglaubt, um Deutschland nach dem Muster Kastiliens behandeln zu können. Deutschlands Könige und Kaiser sollten auf dieselbe Stufe herabgedrückt werden wie die spanischen Könige und die französischen Großen. Das bedeutet den Versuch, an die Stelle der Herrschaft des deutschen Königs über die deutsche Kirche die Herrschaft des Papstes zu setzen; das bedeutet zugleich das Bestreben, an die Stelle der Schirmherrschaft des deutschen Kaisers über die römische Kirche die alleinige Leitung der universalen Kirche durch den Papst zu setzen.

Mehr noch als dieses Faktum interessiert uns in diesem Zusammenhange die Frage nach dem Erfolge. Auch hier hat die Forschung sich bisher durch die an sich unbestreitbare Tatsache täuschen lassen, daß Friedrich Barbarossa wieder den gesamten deutschen

Episkopat hinter sich hatte, als er den zwanzigjährigen Kampf mit dem Papsttum führte. In Wahrheit entschied bereits das Wormser Konkordat von 1122 den Sieg der römischen Kurie. Das königliche Zugeständnis der kanonischen Wahl der Bischöfe und Äbte in diesem Konkordat hatte für Deutschland die innerpolitische Folge, daß dem hohen Adel ein Machtmittel in die Hand gegeben wurde, mit dessen Hilfe er das deutsche Königtum Schritt für Schritt in den Hintergrund drängte. Domkapitel und Mönchsconvente setzten sich ja in der Kaiserzeit ausschließlich aus Angehörigen des hohen Adels zusammen. Durch das Konkordat erhielt daher dieser Stand die Verfügung über die Bistümer und die Äbteien Deutschlands. Schon unter Friedrich Barbarossa war seine Macht so groß geworden, daß dieser genötigt wurde, mit dem mächtigsten Vertreter der Adelsinteressen, mit Heinrich dem Löwen zu paktieren und ihm die beiden wichtigsten deutschen Herzogtümer zu überlassen, Sachsen und Bayern, und als Heinrich der Löwe 1180 niedergeworfen war, traten an seine Stelle zahlreiche kleinere Dynastien, deren großer Zahl das deutsche Königtum nicht gewachsen war.

Damit aber hängt der Entschluß Friedrich Barbarossas zusammen, die italienische Grundlage seiner Herrscherstellung weiter auszubauen, als es bisher geschehen war. Sein großer Kampf mit den lombardischen Städten ist von diesem Gesichtspunkte aus gesehen nichts als der erste Versuch des deutschen Kaisertums, sich in Oberitalien eine stärkere Basis für seine Politik zu schaffen, als es im damaligen, von Heinrich dem Löwen und den übrigen Dynastien beherrschten Deutschland möglich war. Und als dieser Versuch an dem scharfen Widerstande des lombardischen Bundes und des mit ihm verbündeten Papstes Alexanders III. 1177 und 1183 gescheitert war, da hat Friedrich Barbarossa unmittelbar darauf 1184 durch die Verlobung seines Sohnes Heinrichs VI. mit Konstanze, der Erbin von Sizilien, die Ära der sizilianischen Hausmachtpolitik seines Geschlechts eröffnet, d. h. jener unglückseligen süditalienischen Hausmachtpolitik, an deren Ende der Tod Konrads auf dem Schafott in Neapel stand.

Wir überblicken noch einmal die Zusammenhänge, auf die unsere Betrachtung uns geführt hat. Weil durch das Vordringen der cluniacensischen Reformbewegung dem deutschen Königtum die Grundlage genommen wurde, auf dem bis zum Tode von Canossa keine Machtstellung in Deutschland begründet gewesen war, wurde das Königtum der Staufer nach Italien abgedrängt, so daß der letzte große Staufer der rückschauenden geschichtlichen Betrachtung mehr als Sizilianer denn als Deutscher erscheint. Das wichtigste Moment aber ist, daß mit dem Vordringen der cluniacensischen Re-

formgedanken dem Kaisertum die Berechtigung genommen wurde, seine Hauptaufgabe der Schirmherrschaft über die Kirche auszuüben. Genau anommen entschied es sich schon in Canossa, daß die Staats- und Weltanschauung, von der das deutsche Königtum und Kaisertum bis dahin getragen war, der Vergangenheit angehörte und eine neue Zeit heraufzog, in der die Kirche, vom Staat getrennt, das Königtum und Kaisertum beiseite schob und sich selbst in vielen Beziehungen an seine Stelle setzte. Wir sehen damit in der Geschichte des deutschen Kaisertums dieselbe Entwicklung sich vollziehen, die sich so oft in der Geschichte vollzogen hat: Institutionen verlieren in dem Augenblick ihre Bedeutung, in dem die Weltanschauung zugrunde geht, von deren Kraft sie getragen wurde. Als die theokratischen Anschauungen Clunis und Gregors VII. über die alten fränkisch-deutschen von dem In- oder Nebeneinander von Kirche und Staat siegten, war die Rolle des Kaisertums ausgespielt. Das universale deutsche Kaisertum ist an der universalen römischen Kirche gescheitert, nicht an seiner Italienpolitik oder an einer Überspannung seiner Expansionspolitik. Von verkehrter Eroberungspolitik oder einem deutschen Imperialismus kann daher in der mittelalterlichen Geschichte des deutschen Volkes nicht die Rede sein. Das nationale Element trat in jenen Zeiten noch vollkommen hinter dem kirchlichen in den Hintergrund; das universale Imperium, nicht Deutschland, war das Leitmotiv für die kaiserliche Politik.

\*

Nur eine Frage bedarf noch einer kurzen Erörterung: Wenn das deutsche Kaisertum an der starken Gegenwirkung der Kirche zugrunde gegangen ist, so trägt also die mittelalterliche Kirche vor dem Forum der Geschichte die Schuld an der großen Tragödie Deutschlands. Sollen wir diese Schlussfolgerung ziehen oder nicht? In den Zeiten des deutschen Kulturkampfes ist sie mehr als einmal gezogen und als Mittel im politischen Tageskampf verwertet worden. Aber trotzdem ist sie in dieser allgemeinen Form falsch. Die Kirche trägt ja wie jede religiöse Gemeinschaft ihr Recht in sich. Wird dieses vom Staate verlezt, so hat sie das Recht und die Pflicht zur Gegenwehr. Nach der Überzeugung aller tiefer religiös empfindenden Menschen der damaligen Zeit hatte aber die römische Kirche in ihrem Streite mit dem deutschen Königtum das höhere Recht auf ihrer Seite. Wenn das Papsttum späterhin über das Ziel hinaus schoß, so ändert das an diesem geschichtlichen Urteil nichts. Damit wird aber der Untergang des deutschen Kaisertums zu einer Tragödie im eigentlichen Sinn. Das deutsche

Kaisertum war auf dem Boden der universalen römischen Kirche aufgebaut und daher mit dieser Kirche in engster Schicksalsgemeinschaft verbunden. Löste die Kirche diese Gemeinschaft, so wurde dem Kaisertum der Grund entzogen, auf dem es stand. Keiner hat das stärker empfunden als der letzte große Staufer Kaiser Friedrich II. Er hat zur Zeit des erbittertsten Kampfes mit Papst Innocenz IV. den Gedanken gefaßt, die Kirche, wie sie damals war, umzumodeln. Er hat gegen das absolute Papsttum erst die Kardinäle und dann die Konzilsidee auszuspielen versucht und in einigen seiner gewaltigsten Manifeste die Könige und Fürsten Europas darauf hingewiesen, daß das universale Papsttum mit seinem Anspruche der politischen Weltherrschaft für alle christlichen Monarchen eine schwere Gefahr bedeute. Aber dieser Gedanke kam für das Kaisertum zu spät. Das Papsttum hatte es Schritt für Schritt aus seiner universalen Machtposition herausgebrängt und die alleinige Leitung der Kirche übernommen. Damit wurde das Kaisertum überflüssig und machte neuen politischen Gebilden Platz, den aufstrebenden Nationalstaaten im Westen und Osten, die ihrerseits bald darauf dem universalen politischen Papsttum ein Ende bereiteten. Die große Tragödie des mittelalterlichen deutschen Kaisertums liegt also darin, daß es als Institution seine Bedeutung verlor, nicht durch eine verkehrte Politik seiner Träger.

\*

Sollte diese Erkenntnis nicht auch für die Gegenwart noch bleibenden Wert besitzen? Ich glaube doch. Nichts ist gefährlicher für ein großes Volk, als wenn ihm klargemacht wird, daß es in den größten Zeiten seiner Geschichte auf falschem Wege war. Eine objektive Betrachtung der Dinge setzt für unser deutsches Volk an die Stelle der Selbstverurteilung den freudigen Stolz auf eine große Vergangenheit und die zuversichtliche Hoffnung auf eine bessere Zukunft. Jedes politische Denken ist ja gewissermaßen eine Komponente aus der Beschäftigung mit den Problemen der Gegenwart und aus dem Studium der Vergangenheit. Wir Deutschen haben allen Grund, diese Erkenntnis nicht außer acht zu lassen. Ich sehe daher in der objektiven Erforschung unserer geschichtlichen Vergangenheit einen ganz unentbehrlichen Faktor für den Wiederaufbau unseres zusammengebrochenen Vaterlandes, und ich glaube, daß dieser Standpunkt auch dann seine Berechtigung behält, wenn die Zukunft uns statt des Nebeneinanders feindlicher Nationen die vereinigten Staaten Mitteleuropas bringen sollte. Denn auch dieses politische Gebilde der Zukunft wäre undenkbar ohne ein stolzes, gleichberechtigtes und freies deutsches Volk.